

HAUPTSTADTBRIEF KLAUS-PETER WILLSCH MDB

2023 / Ausgabe 159 – 02. Oktober 2023



IN DIESER AUSGABE

Hessenwahl 2024

Illegale Migration bekämpfen

Wohnungsbaukrise

Selbstbestimmungsgesetz

Geldregen für Brömserburg

*Volksbegehren „Amtssprache
in Hessen“*

Ausblick

**SEHR GEEHRTE DAMEN UND HERREN,
LIEBE FREUNDE,**

Deutschland braucht eine starke Union. Nie wurde dies deutlicher als jetzt, da die katastrophale Politik der Ampelregierung dem Land das finanzielle Fundament unter den Füßen wegzieht. Wie die Iron Lady Margaret Thatcher bereits sagte: „The problem with socialism is that you eventually run out of other people’s money“. Da die FDP sich willfährig an diesem Harakiri beteiligt, ist die Union die einzig verbliebene Partei mit wirtschaftlicher Kompetenz im Bundestag.

Um dieses Profil zu schärfen, traf der CDU-Parteivorsitzende Friedrich Merz eine gute Entscheidung und ernannte im Juli den Wirtschaftsexperten Carsten Linnemann zum Generalsekretär. Linnemann zeigt, dass er weiß, wo der Schuh drückt, und fordert eine Agenda 2030: Leistung muss sich lohnen, Fördern und Fordern. Ein starker Aufschlag, denn Deutschland ist „nicht nur der kranke Mann Europas, sondern laut Internationalem Währungsfonds der kranke Mann der Welt“, so Linnemann. Immerhin wird Deutschlands Wirtschaft 2023 um 0,6% schrumpfen.

Doch nicht nur Wirtschaftskompetenz wird als Stärke der Union wieder sichtbar. Das Versprechen, dass sich 2015 niemals wiederholen wird, ist der Ampel nichts wert. Statt Rücksicht auf die Integrationsfähigkeiten des Landes und der Gesellschaft zu nehmen, lässt die Bundesregierung rekordverdächtige Zuwanderung zu. Die Halbzeit-Bilanz der Ampel zeigt, dass unsere konstruktiven

Vorschläge weiterhin konsequent ignoriert werden.

Lesen Sie in meinem aktuellen Hauptstadtbrief unter anderem, wie Grüne und Rote in Hessen nach der Macht greifen und eine Chaos-Ampel etablieren wollen, wie die Ampel entgegen jedem gesunden Menschenverstand ein völlig abstruses Selbstbestimmungsgesetz verabschiedet und der illegalen Migration Tür und Tor öffnet. Außerdem: Erfreuliche Nachrichten für die Brömserburg in Rüdesheim und Infos zum Besuch von Friedrich Merz am 06. Oktober in Taunusstein.

HESSENWAHL 2024

Deutschland braucht eine starke Union. Das gilt auf Bundesebene, aber vor allem auch in den Bundesländern. Angesichts einer irrlichternden, inkompetenten und zerstrittenen links-gelben Bundesregierung, die auf allen Themenfeldern, von der Haushalts- bis zur Migrationspolitik, Arbeitsverweigerung zum Politikstil erhebt, braucht es ein starkes Gegengewicht auf Landesebene. Am Sonntag, 08. Oktober 2023 findet in meiner hessischen Heimat die Landtagswahl statt. Seit 1999 haben wir unter Führung der CDU stets stabile Regierungen gebildet und Hessen enorm vorangebracht.

Wir haben heute mehr Lehrer, mehr Polizisten, mehr Wirtschaftskraft und mehr Investitionen in Umwelt, Bildung und Forschung als je zuvor. Hessen ist ein Bundesland, in dem der Staat funktioniert, in dem Politik für die Bevölkerung gemacht wird! Das ist zum Großteil ein Verdienst der CDU, vertreten durch den Spitzenkandidaten, unseren Ministerpräsidenten Boris Rhein. In meinem Wahlkreis Rheingau-Taunus/Limburg treten wir mit einer starken Mannschaft an, mit einer Mischung aus Erfahrung und frischem Wind für den Landtag. Im Limburger Wahlkreisteil treten die beiden Landtagsabgeordneten Christian Wendel (WK 21) und Andreas Hofmeister (WK 22) an, im Rheingau Ingo Schon (WK 28) als Nachfolger von Petra Müller-Klepper und im Untertaunus André Stolz (WK 29), der das Erbe Peter Beuths antreten will. Alle vier Kandidaten zeichnen sich durch ihr ehrenamtliches und ver-

dienstvolles Engagement für unsere Region aus – ich kann Sie Ihnen alle nur wärmstens empfehlen.

Das Gegenangebot der politischen Konkurrenz hingegen, es ist mehr als mau. Da wäre Tarek Al-Wazir, der gerne den Grünen Ober-Realo gibt, im Zweifelsfall aber ein Gefangener einer tief ideologisierten Parteibasis ist. Erinnern Sie sich, wie nach der letzten Kommunalwahl in Frankfurt die zehnjährige (gerade von den Grünen viel gelobte) Zusammenarbeit zwischen CDU und Grünen ohne Federlesens beendet wurde, sobald sich eine linke Mehrheit ergab, das Gleiche geschah in Wiesbaden und würde im Zweifelsfalle auch auf Landesebene vollzogen! Und natürlich noch Nancy Faeser von der SPD, die das Amt der Bundesinnenministerin erkennbar als bloßes Sprungbrett für die Staatskanzlei in Wiesbaden betreten hat. Erwartungsgemäß fällt Frau Faeser aber nicht als Leistungsträgerin im Bundeskabinett auf. Von ihrem deplatzierten Auftritt mit der 1-Love-Regenbogenarmbinde bei der Fußball WM, über die skandalösen und unanständige Abberufung des BSI-Präsidenten Schönbohm wegen einer Clown-Sendung im ZDF bis hin zu ihrem völligen Versagen in der Migrationspolitik: Frau Faeser ist nach Christine Lambrecht schon der zweite Totalausfall, mit dem die Hessen SPD die Bundesregierung beglückt. Immerhin: mangelnde Heimatverbundenheit kann man Frau Faeser nicht vorwerfen. In ihrer Amtszeit als Bundesministerin hat sie bereits überproportional viele Dienstreisen nach Hessen unternommen. Häufig fanden diese Reisen auf Steuerzahlerkosten an

Tagen statt, an denen auch SPD-Veranstaltungen in der Nähe des Reiseziels stattfanden – oder die SPD-Veranstaltungen waren ohnehin das Reiseziel. Wahlkampf aus dem Ministeramt heraus? Ein Schelm, wer Böses dabei denkt.

Liebe Leser, liebe Freunde, die Chaos-Ampel, sie ist auch in Hessen nicht ausgeschlossen. Wer sich für Hessen auch weiterhin eine pragmatische Politik mit Augenmaß wünscht, die den Bürger mit seinen Wünschen und Nöten in den Mittelpunkt stellt, statt ihn zu belehren und zu gängeln, der wählt am 8. Oktober mit beiden Stimmen CDU! Wir müssen so stark werden, dass ohne uns keine Regierungsbildung möglich ist und wir unter verschiedenen Koalitionspartnern auswählen können!

ILLEGALE MIGRATION BEKÄMPFEN

Unverhofft kommt oft. Das trifft derzeit insbesondere auf Bundesinnenministerin Nancy Faeser zu. Am 22. September sprach sie sich vormittags im Bundestag noch energisch gegen die von der Union beantragten stationären Grenzkontrollen aus. Am Nachmittag kam der Sinneswandel. Plötzlich überraschte sie die Abgeordneten und bewarb Kontrollen an den Grenzen zu Polen und Tschechien. Grenzgebiete, in denen jeden Tag Wirtschaftsmigranten von Schleppern nach Deutschland eingeschleust werden – fast immer mit Erfolg, da bisher eben nicht stationär kontrolliert wird. Doch laut Innenministerium soll jetzt Schluss damit sein. Sie kündigt zumindest die Prüfung möglicher Kontrollen an.

Schließlich sind am 08. Oktober Landtagswahlen in Hessen. Frau Faeser wäre gut beraten, jetzt auch zu handeln und jeden Zweifel auszuräumen, dass die Ankündigung der Grenzkontrollen über die Presse nur ihrem Wahlkampf in Hessen geschuldet ist.

Fakt ist: Die illegale Migration auf dem Asylticket muss beendet werden. So viel ist klar. Einen Aufschlag dafür, wie dies gelingen kann, macht die CDU mit einem Maßnahmenpaket vor. Dies ist auch bitter nötig, denn die steigende Zahl illegaler Einwanderer führt dazu, dass die Belastungsgrenze der Kommunen nicht nur erreicht ist, sondern täglich weiter überdehnt wird. Sage und schreibe 400.000 Flüchtlinge werden allein in diesem Jahr zusätzlich in Deutschland erwartet. Zahlen wie diese sprengen jedes verkraftbare Maß. Es ist ein Skandal, dass die Bundesregierung, allen voran Innenministerin Nancy Faeser und die Grünen mit ihrer „Niemand-ist-illegal-Migration-ist-Menschenrecht“-Ideologie, das Problem ignoriert. Die Stimmung in Deutschland kippt ins Negative, die Bürger haben genug von der sogenannten Willkommenskultur. Ich bin unserem Partei- und Fraktionschef Friedrich Merz dankbar für die klaren Worte, die er bei der Welt-online-Talkshow (<https://t1p.de/4pqcp>) dazu gefunden hat. Das spiegelt genau das wieder, was mir im persönlichen Umfeld wie auch im Wahlkreis ständig entgegenschlägt!

Als Olaf Scholz einen Deutschlandpakt zur Bekämpfung der dringenden Probleme in Deutschland aufrief, vergaß er, dass die Union bereits die ganze Legisla-

turperiode konstruktive Oppositionsarbeit macht, seine Regierung jedoch alle guten Vorschläge kategorisch ablehnt. Es ist nicht verwunderlich, dass sein Deutschlandpakt-Gerede nur heiße Luft war, zumindest so lange, bis die Union das Angebot angenommen und konkrete Vorschläge zur Bekämpfung der Migration gemacht hat. In unserem Antrag „Deutschland-Pakt in der Migrationspolitik – Irreguläre Migration stoppen“ (Drs 20/8404) wollen wir Maßnahmen ergreifen, um dem Migrationsüberdruck Herr zu werden. Zu diesen Maßnahmen gehört vor allem ordentlicher Grenzschutz, Verhinderung von Asylmissbrauch, eine weitreichende Neuausrichtung der europäischen Flüchtlingspolitik und konsequente Rückführungen. Und es muss zu Sachleistungen statt Geldauszahlung übergegangen werden.

Unsere Vorschläge liegen auf dem Tisch, die Ampel kann zeigen, wie ernst sie es meint mit einer konstruktiven Zusammenarbeit mit der Opposition. Vor allem Olaf Scholz und Nancy Faeser stehen nun in der Pflicht und müssen sich daran messen lassen, ob es ihnen gelingt, illegale Migration nachhaltig einzuschränken und Abschiebungen konsequent durchzuführen. Die Hand der Union ist zur Mitarbeit ausgestreckt. Es steht zu befürchten, dass Scholz - statt die Grünen rauszuschmeißen - und Faeser aber erneut ihre ideologischen Scheuklappen aufziehen, anstatt einzuschlagen.

WOHNUNGSBAUKRISE

Deutschland ist in einer akuten Wohnungsbaukrise. Die Lage ist dramatisch:

Die Baugenehmigungszahlen brechen flächendeckend ein, die Auftragsbücher der Unternehmen laufen leer und Projekte werden reihenweise storniert. Viele Unternehmen mussten bereits Insolvenz anmelden, andere sind in eine bedenkliche finanzielle Schieflage geraten. Es gibt bereits Kurzarbeit und erste Entlassungen. Die Baugenehmigungen im Neubau befinden sich im freien Fall: Von Januar bis Juli 2023 gingen diese um mehr als ein Drittel bei Einfamilienhäusern, um über 50 Prozent bei Zweifamilienhäusern und um ein gutes Viertel Prozent bei Mehrfamilienhäusern im Vergleich zum 1. Halbjahr 2022 zurück. Das von der Ampel in ihrem Koalitionsvertrag angekündigte Ziel, pro Jahr 400.000 neue Wohnungen zu bauen, wird krachend verfehlt.

Trotz der dramatischen und sich wöchentlich verschlimmernden Situation hat die Ampel-Regierung fast ein Jahr lang alle Hilferufe aus der Bauwirtschaft weitgehend ungehört verhallen lassen. Leidtragende sind die vielen hunderttausend Menschen, die auf der Suche nach einer bezahlbaren Wohnung sind. Die auf dem Gipfel angekündigten Maßnahmen greifen einen Teil unserer Forderungen auf, sie reichen aber längst nicht aus. Der Bundeskanzler steht hier persönlich in der Verantwortung. Schließlich hatte er sich im Bundestagswahlkampf die Schaffung bezahlbaren Wohnraums auf die Fahnen geschrieben.

Die Bauwirtschaft ist ein tragender Pfeiler unserer Konjunktur. Angesichts der dramatischen Lage auf dem Wohnungsmarkt muss gegengesteuert werden. Dafür ist ein Dreiklang aus steuerlichen

Maßnahmen, gezielter Förderung und der Senkung von Bau- und Baunebenkosten nötig. Der Staat muss vom Kostentreiber des Wohnungsbaus zum Impulsgeber werden. So erhalten wir Baukapazitäten und schaffen Raum für bezahlbares Bauen und Wohnen.

SELBSTBESTIMMUNGSGESETZ

Allen Warnungen von Experten zum Trotz, ist die linksgelbe Ampelregierung wild entschlossen, das Selbstbestimmungsgesetz durch den Bundestag zu drücken, wie der in der Sommerpause veröffentlichte Gesetzesentwurf zeigt.

Ab 14 Jahren soll es Minderjährigen erlaubt sein, ihren Geschlechtseintrag beim Standesamt nach Belieben ändern zu können. Einmal im Jahr darf sich also ausgedacht werden, als welches Geschlecht man sich denn heute fühlt. Problematisch sind offensichtlich mehrere Dinge:

Erstens, es gibt nur zwei Geschlechter. Mehr nicht. Es gibt männliche und weibliche Keimzellen, welche grundlegender Bestandteil der weiteren geschlechtlichen Entwicklung des Menschen sind. Geschlecht ist binär. Genderideologie ändert an dieser Tatsache nichts.

Zweitens, wer dies leugnet und behauptet, Geschlecht ist beliebig wählbar, legt die Axt an die Wurzeln der Wissenschaft und der faktenorientierten Diskussion überhaupt. Wenn selbst naturgesetzliche Fakten nicht mehr gelten, wird Chaos herrschen.

Drittens, die Änderung des Geschlechtseintrages kann ohne Einverständnis der Eltern vollzogen werden. Stimmen die Eltern der Geschlechtsänderung nicht zu, kann sich der Minderjährige die Zustimmung von einem Familiengericht holen. Damit werden die Eltern in einer fundamentalen Frage des Wohls ihres eigenen Kindes entmündigt, während der Staat sich massive Eingriffe in die Privat- und Intimsphäre der Familie leistet. Dies ist ein genereller Angriff auf die bürgerlichen Freiheiten und das grundgesetzlich verbriefte Recht der Eltern.

Viertens, ein bedeutendes Engagement für den eigenen „Geschlechtswechsel“ kann der Beginn für weitere "geschlechtsändernde" Maßnahmen sein. Diese umfassen Hormonbehandlungen (unter anderem Pubertätsblocker) bis hin zur Geschlechtsoperation. Diese Behandlungen bedeuten vor allem eines: eine Menge Komplikationen und irreparable Schäden am Organismus.

Fünftens, katapultiert das Selbstbestimmungsgesetz die Genderideologie ganz oben auf die Agenda, allen erwartbaren Folgeschäden zum Trotz. Bereits zwischen 2007 und 2021 hat sich die Zahl der sogenannten „geschlechtsangleichenden“ Operationen versechsfacht, bei Jugendlichen und jungen Erwachsenen von 15 bis 25 Jahren sogar versechzehnfacht. Angesichts der unvermeidbaren Folgeschäden ist eine derartige Werbung für die Sache höchst unangemessen. Die heranwachsenden Generationen werden unter diesem Gesetz nachhaltig zu leiden haben.

Und die Frauen, die ihre Schutzräume verlieren: ob Frauen-Umkleide, Frauen-Sauna, Frauenhaus, oder Frauenstrafvollzug: überall müssen sich die Damen darauf gefasst machen, zukünftig selbst erklärten „Frauen“ mit mehr oder weniger deutlich ausgeprägten männlichen Geschlechtsorganen zu begegnen. Ich halte das für abartig.

Nach dem bisher gesagten steht für mich außer Frage, dass ich dem Selbstbestimmungsgesetz nicht zustimmen werde. Mehr noch, ich werde mich entschieden dafür einsetzen, es zu verhindern. Politische Verantwortung bedeutet zunächst einmal die staatlichen Schutzfunktionen wahrzunehmen. In der Frage des Selbstbestimmungsgesetzes scheidet die Ampel an diesem politischen Kernauftrag.

2.250.000 EURO FÜR RÜDESHEIMER BRÖMSERBURG

Über einen warmen Geldregen vom Bund darf sich die Brömserburg freuen. Stolze 2.250.000 € Fördergeld aus dem Förderprogramm KulturInvest fließen nach Rüdesheim. Das Geld soll zu Sanierungsarbeiten an der Burg verwendet werden.

Seitdem das Bürgerkonsortium die Erbpacht der Brömserburg vor ca. sechs Jahren übernommen hat, stehe ich im ständigen Austausch mit den Beteiligten und habe das Projekt, welches mir sehr am Herzen liegt, nach Kräften auf Bundesebene unterstützt. Die Arbeit der Verantwortlichen an der Erhaltung der Brömserburg bereichert unseren ohnehin schon schönen Rheingau erheblich.

Daher ist es mehr als verdient, dass dieses Engagement nun auch vom Bund gefördert wird.

Die Brömserburg ist als eine der ältesten Burgen – errichtet um 1000 n. Chr. - im UNESCO-Welterbe Oberes Mittelrheintal, ein echtes Kleinod der Region mit bundesweiter Strahlkraft. Das Bürgerkonsortium unter Vorsitz von Vera Jung hat sich zur Aufgabe gemacht, dieses Kleinod zu sanieren und für die Menschen nachhaltig nutzbar zu machen. So soll die Brömserburg etwa bei der Bundesgartenschau 2029 als Osttor fungieren und dabei eine zentrale Rolle im Raumkonzept der BuGa29 einnehmen.

GENDERN, NEIN DANKE!

Ärgern Sie sich über das Gendern? Stören Sie sich an Sternchen, Schrägstrichen, Doppelpunkten, Unterstrichen, Binnen-Is und doppelten Bezeichnungen, die Texte mit überkomplexen Begriffen versehen? Wenn ja, gehören Sie zu den gut zwei Dritteln der Menschen, die die Gendersprache ablehnen. Gerne möchte ich Sie daher auf das Volksbegehren "Amtssprache in Hessen - Kein Zwang zu falschem Deutsch" aufmerksam machen. Diese Initiative setzt sich dafür ein, die klare und verständliche Verwendung der Amtssprache in Hessen zu fördern, ohne unnötige Geschlechterkennzeichnungen.

Die Verschandelung unserer Sprache mit Gendersternchen oder Ähnlichem lehne ich, wie sicherlich die meisten von Ihnen auch, entschieden ab. Privat kann jeder so reden, wie er will. Doch den Gender-Quatsch betreibt eine zunehmend an

Einfluss gewinnende Gruppe scheinliberaler Menschen aus ideologischen Gründen. Das Ziel ist die Zerstörung unserer deutschen Sprachkultur – auf Kosten von Rechtschreibung, Grammatik und gesundem Menschenverstand. Dieser Irrsinn hat mittlerweile schon Einzug in Schulen, Universitäten, Nachrichtensendungen und Talkshows gehalten. Fakt ist: Es geht beim Gendersprech nicht um Gleichberechtigung von Mann und Frau, sondern um einen Angriff auf unsere Kultur.

Alle Informationen zum Volksbegehren „Amtssprache in Hessen“ und die Teilnahmebedingungen finden Sie hier:

www.amtssprache-in-hessen.de/

AUSBLICK

Am 08. Oktober steht eine bedeutende Entscheidung bevor, die die Zukunft unseres schönen Bundeslandes maßgeblich beeinflussen wird.

In Hessen stehen wir in den kommenden Jahren vor erheblichen Herausforderungen, sei es im Bildungswesen, in der Wirtschaft oder im Gesundheitssektor. Boris Rhein ist der beste Kandidat, um diese Herausforderungen erfolgreich zu bewältigen, und Ihre Stimme ist das Instrument, um unsere Politik in Hessen weiterhin auf Kurs zu halten, damit unser Land stark und zukunftsorientiert bleibt.

Ermutigen Sie gerne auch Ihre Familie, Freunde und Nachbarn oder Ihre hessischen Freunde, an dieser bedeutsamen Wahl teilzunehmen und Boris Rhein sowie den anderen CDU-Kandidaten mit Ihrer Stimme zum Erfolg zu verhelfen.

Abschließend möchte ich auf eine spannende Wahlkampfveranstaltung hinweisen: Am Freitag, den 06. Oktober, um 16:00 Uhr, habe ich die Ehre, unseren Parteivorsitzenden Friedrich Merz zu einer Wahlkampfveranstaltung in der Silberbachhalle in Taunusstein-Wehen, begrüßen zu dürfen.



Bei Interesse sind Sie herzlich eingeladen, an der Veranstaltung teilzunehmen. Eine vorherige Anmeldung ist nicht erforderlich.

Ihr

Weiterleitung des Briefes

Ich darf Sie herzlich bitten, den Hauptstadtbrief möglichst breit im Familien- und Bekanntenkreis zu verteilen. Vielen Dank.

Aufnahme in den Verteiler

Wenn Sie in den E-Mail-Verteiler des Hauptstadtbriefes aufgenommen werden möchte, schicken Sie gerne eine formlose E-Mail an klaus-peter.willsch@bundestag.de. Eine Löschung aus dem Verteiler ist genauso formlos möglich.

Veröffentlichung

Mit dem Hauptstadtbrief möchte ich öffentlich zu tagespolitischen Ereignissen Stellung beziehen. Daher darf auch gerne aus dem Hauptstadtbrief zitiert werden.

Archiv

Im Archiv können Sie unter <http://bit.ly/ZXMTnN> in meinen vergangenen Hauptstadtbriefen stöbern. Viel Spaß bei der Lektüre!

Facebook

Ihnen gefällt mein *Hauptstadtbrief* und Sie möchten immer auf dem neuesten Stand bleiben? Dann darf ich Sie herzlich einladen, mir auf Facebook zu folgen.

<https://www.facebook.com/klauspeter.willsch>